

KREISSTADT METTMANN Der Bürgermeister		Drucksachennummer 036/2011
Beschlussvorlage		
Verwaltungsservice	öffentlich	☒
Kohl, Elisabeth	nicht öffentlich	☐

Gremium:	TOP-NR:	Datum:
Verwaltungsausschuss	5.a	01.03.2011

Haushaltsplanberatungen 2011

Fachbereich 1

Finanzielle Auswirkungen ja; siehe Haushaltsplanentwurf und Verwaltungsvorlage

Kosten

Produkt 01.01.07 ff.

Haushaltsjahr 2011 ff.

Folgekosten

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung ☐ ja ☐ nein

Deckungsvorschlag

UMWELTBELANGE werden besonders berührt im Bereich:

☐ Abfall	☐ Wasserhaushalt	☐ Klima
☐ Boden	☐ Natur- und Artenschutz	☐ Emissionen / Immissionen

BESCHLUSSVORSCHLAG

Der Ausschuss stimmt den Ansätzen für die Produkte seines Zuständigkeitsbereiches nach dem jeweiligen Teilergebnisplan und dem jeweiligen Teilfinanzplan A und B – mit den sich aus den Beratungen ergebenden Änderungen – zu.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltungen
CDU			
SPD			
Bündnis 90 – Die Grünen			
FDP			
UBWG			

Verwaltungserläuterung:

Die Verwaltung hat den Haushaltsplanentwurf 2011 in der Sitzung des Rates am 14.12.2010 eingebracht. Es wird gebeten, den Entwurf zur Sitzung mitzubringen.

Für den Fachbereich 1 sind folgende Produkte zu beraten:

01.01.07 Organisation und Verwaltungsservice

01.01.08 IT-Service

01.01.09 Personalverwaltung und Personalqualifizierung

01.01.10 Rechtsvertretung/Rechtsberatung

02.02.01 Allgemeine Gefahrenabwehr, Verkehrsangelegenheiten und Gewerbewesen

02.02.02 Personenstands-/Staatsangehörigkeitswesen

02.02.03 Bürgerservice und Wahlen

Zu dem vorgelegten Entwurf gibt es folgende Änderungen:

01.01.09 Personalverwaltung und Personalqualifizierung

Zeile 13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - + 10.000 €

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen an professionelles Management und überzeugende Mitarbeiter-Motivation sind für die Führungskräfte aller Ebenen innerhalb der Verwaltung Seminare und Workshops für 2011 im Rahmen des Projekts „Führungskräfte-Entwicklung“ vorgesehen. Des Weiteren sind Schulungen im Rahmen der noch neu abzuschließenden Dienstvereinbarung „Sucht“ geplant. Aus diesen Gründen ist es erforderlich, dass die Haushaltsposition für die allgemeinen Seminar- und Beratungskosten um 10.000 € aufgestockt wird.

Zeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen + 10.000 €

Aufgrund geänderter Unfallverhütungsvorschriften der gesetzlichen Unfallkasse ist die Inanspruchnahme des betriebsärztlichen Dienstes in einem größeren Stundenumfang notwendig geworden, so dass die Haushaltsposition angehoben werden muss.